



GuntherKrichbaum

Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030/227-70371 Telefax: 030/227-76371
E-Mail: gunther.krichbaum@bundestag.de
www.gunther-krichbaum.de

Berlin aktuell

Informationen Ihres Bundestagsabgeordneten
für Pforzheim und den Enzkreis

Bundestag setzt Untersuchungsausschuss ein Mordserie der rechtsextremistischen Terrorgruppe wird untersucht

„Der Deutsche Bundestag bekräftigt die mit den Stimmen aller Fraktionen gefasste EntschlieÙung vom 22. November 2011, mit der er der Trauer um die Opfer der Mordserie der rechtsextremistischen Terrorgruppe „National-sozialistischer Untergrund“ Ausdruck gegeben und den Angehörigen der Opfer sein Mitgeföhl ausgesprochen hat.“

So lautet die Einleitung eines gemeinsamen Antrags aller im Bundestag vertretenen Fraktionen zur Einsetzung eines Untersuchungsausschusses, der in dieser Woche beraten und beschlossen wurde. Der Zwickauer Neonazi-Zelle, die sich als „Nationalsozialistischer Untergrund (NSU)“ bezeichnete, werden bislang bundesweit zehn Morde zur Last gelegt. Dem Untersuchungsausschuss werden elf ordentliche und elf stellvertretende Mitglieder angehören. Die CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg im Deutschen Bundestag wird in diesem Gremium durch den Böblingener Abgeordneten Clemens Binninger vertreten sein, der zudem als Obmann der CDU/CSU-Abgeordneten des Ausschusses fungiert.

Die Mitglieder des Untersuchungsausschusses sollen sich ein Gesamtbild zur dieser Terrorgruppe, ihren Mitgliedern und Taten, ihrem Umfeld und ihren Unterstützern verschaffen. Zudem steht die Frage im Mittelpunkt, warum aus ihren Reihen so lange bundesweit unerkannt schwerste Straftaten begangen werden konnten. Auf der Grundlage der gewonnenen Erkenntnisse soll der Untersuchungsausschuss Schlussfolgerungen für Struktur, Zusammenarbeit, Befugnisse und Qualifizierung der Sicherheits- und Ermittlungsbehörden und für eine effektive Bekämpfung des Rechtsextremismus ziehen und Empfehlungen aussprechen. Darüber hinaus werden Bund und Länder in einer gemeinsamen, paritätisch besetzten Kommission von vier Experten ebenfalls die Aufklä-

rung der Sachverhalte vorantreiben und Schlussfolgerungen erarbeiten. Der Untersuchungsausschuss und die Bund-Länder-Kommission sind aufgerufen, sich zu ergänzen und sinnvoll zu kooperieren, damit zügig Ergebnisse erzielt werden.

Die Menschen müssen darauf vertrauen können, dass Sicherheits- und Ermittlungsbehörden den Rechtsterrorismus wirksam bekämpfen und die unfassbare Mordserie restlos aufgeklärt wird. Dies sind wir vor allem auch den Angehörigen der Mordopfer schuldig, die jahrelang im Unklaren über die wahren Motive der Mörder geblieben sind und die teilweise selber in Verdacht geraten sind, in kriminelle Machenschaften verwickelt zu sein. Mehr als bisher müssen die Opfer von rechtsextremistischer Gewalt in den Blick genommen werden.

Zudem müssen Politik und Gesellschaft mit dem Phänomen der Angst, das in vielen Bereichen unserer Gesellschaft umhergeht, fertig werden. Jeder muss sich in Deutschland sicher fühlen können. Ein öffentliches Zeichen gegen Rechtsextremismus haben am 24. Januar Bundesinnenminister Friedrich und Bundesfamilienministerin Schröder gesetzt. Bei dem Spitzentreffen mit Vertreterinnen und Vertretern gesellschaftlicher Organisationen, Kirchen und Religionsgemeinschaften im Bundesinnenministerium betonten die beiden Bundesminister, dass Bund, Länder, Kommunen und die Zivilgesellschaft aufgerufen sind, gemeinsam gegen jede Form der Gefährdung der demokratischen Grundwerte einzutreten.

Um die Arbeit der vielen Initiativen besser zu bündeln, kündigten die Minister den Aufbau eines bundesweiten Informations- und Kompetenzzentrums an, um die Erfahrungen aus verschiedenen Modellprojekten für alle Träger zugänglich zu machen.

Abzug aus Afghanistan beginnt

In dieser Woche entschied der Deutsche Bundestag über die Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte am Einsatz der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (ISAF). Die Mandatsobergrenze wird von jetzt 5.350 auf 4.900 Soldatinnen und Soldaten gesenkt. Der Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan nimmt damit konkrete Form an: Nach zehn Jahren wird erstmals die Zahl der Soldatinnen und Soldaten verringert. 2014 soll der Einsatz in seiner bisherigen Form beendet sein. Dabei muss jedoch klar sein, dass eine verantwortbare Übergabe der Sicherheit immer Vorrang hat vor der Verwirklichung ehrgeiziger Zeitpläne. Deutschlands militärisches Engagement wird soweit reduziert, wie es sicherheitspolitisch zu verantworten ist. Ein zentrales Kriterium ist die Fähigkeit der Afghanen, die Lage in ihrem Land selber kontrollieren zu können. Dabei bleibt der Aufbau von staatlichen Strukturen insbesondere im Sicherheitssektor eine vordringliche Aufgabe.

Bankenrettungsfonds wieder geöffnet

Der Bankenrettungsfonds SoFFin wird befristet bis zum Ende des Jahres wieder geöffnet. Dies hat der Bundestag am Donnerstag beschlossen. Banken können auf diese Weise erneut mit Hilfe des Staates höhere Kapitalanforderungen erfüllen. Damit soll der Gefahr vorgebeugt werden, dass die Staatsschuldenkrise auf das Finanzsystem und die Realwirtschaft übergreift. Im Falle einer Gefährdung sind aber zunächst die Aktionäre eines Finanzinstituts gefordert. Erst in einem zweiten Schritt können die Banken staatliche Hilfe in Anspruch nehmen. Der Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoFFin) wurde im Herbst 2008 eingerichtet, um deutsche Finanzinstitute zu retten und zu stabilisieren. Derzeit sind Hilfen des Sonderfonds von 43 Milliarden Euro unterzeichnet, davon 23,2 Milliarden Euro für Garantien und 19,8 Milliarden Euro für Kapitalmaßnahmen. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble betonte, dass das Gesetz zur Bekämpfung der Staatsschuldenkrise notwendig sei. Auflagen der europäischen

Bankenaufsicht schreiben vor, dass die systemrelevanten Banken in Deutschland bis zum 30. Juni 2012 genügend Eigenkapital nachweisen müssen, damit sie gegen Ansteckungsgefahren geschützt sind. Deutschland habe sich auf europäischer Ebene verpflichtet, dies umzusetzen, betonte Schäuble. Bislang spräche alles dafür, dass die deutschen Banken dies aus eigener Kraft schafften. Für den Fall, dass sie dazu nicht in der Lage seien, werde dieses Gesetz geschaffen, sagte Schäuble. „Vermutlich wird es gar nicht in Anspruch genommen“, prophezeite er.

Studiengebühren halten nachweislich nicht vom Studium ab

Zu den Auswirkungen von Studiengebühren auf die Studienbereitschaft in Deutschland fand am Mittwoch im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung ein öffentliches Fachgespräch statt. Dabei wurde eine Studie des Wissenschaftszentrums Berlin diskutiert, die auf die Daten von 50.000 Studierenden zurückgreift. Demnach ist in Ländern mit Studiengebühren die Studierneigung sogar höher als in Ländern ohne Studiengebühren. Damit widerlegt die Studie ganz offensichtlich alles, was in den letzten Jahren über die Auswirkungen von Uni-gebühren verbreitet worden ist. Nach Auffassung des neuen Präsidenten des Studentenwerks, Dieter Timmermann, kann zudem insbesondere die Kombination eines Finanzierungsmischsystems aus Studienbeiträgen, Stipendien und einem Darlehenssystem dazu beitragen, die Hochschulen und das System effizienter zu machen. Dafür steht das Beispiel Bayerns. Allein im letzten Wintersemester wurden aus Studiengebühren 450 Stellen für wissenschaftliches Personal, eine Million Tutorenstunden sowie eine Verbesserung der Studienberatung finanziert. Dabei ist etwa ein Drittel der Studierenden aus sozialen Gründen von der Gebühr befreit. Wer später mit einem hohen Einkommensvorteil von seinem Studium profitiert, sollte grundsätzlich auch bereit sein, einen kleinen eigenen Beitrag zu leisten.